

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk. bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gefaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die USG P Groß-Leipzigs gegen das Mostauer Diktat

Die gestrige Urabstimmung über die Aufnahmebedingungen der kommunistischen Internationale hat eine starke Mehrheit gegen die Annahme ergeben. — Bis heute Mittag lag folgendes Teilergebnat vor:

gegen die Bedingungen 11994 — für die Bedingungen 7782

Es stehen noch 25 Wahllokale aus, die das Kräfteverhältnis nicht mehr wesentlich verschoben werden.

Urabstimmung im Bezirk Plauen.

Plauen, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung der U. V.) Von der aktiven Urabstimmung liegt bis jetzt folgendes Teilergebnat vor:

	für	gegen
Plauen	294	614
Erzgebirgshau	15	150
Zwickau	21	150
Reuditz	32	87
Auerbach	—	99
Gesamt	362	1119

Es stehen noch einige Wahlbezirke aus.

Die Urabstimmung in Berlin.

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung der U. V.) Die gestrige Urabstimmung in Groß-Berlin hat gezeigt, daß die Hauptstimmung der sogenannten Linken, sie hätten die überwiegende Mehrheit der Mitglieder hinter sich, durchaus nicht den Tatsachen entspricht. Ein abschließendes Resultat liegt freilich noch nicht vor. Aber die bisherigen Teilergebnisse zeigen aufs deutlichste, daß die sogenannte Linke im für sie günstigen Falle nur eine ganz knappe Mehrheit erlangen wird. Die beiden Richtungen scheinen sich ungefähr die Waage zu halten. Jedenfalls zeigt sich, daß die Gegner der Bedingungen nicht das kleine unbedeutende Häuflein sind, wie die sogenannte Linke es bisher hinzustellen behauptet hat.

Es liegen jetzt die folgenden Teilergebnisse vor:

Stadt Berlin:		
1. Distrikt: für die Bedingungen	174	gegen 230
2. " " " " " "	245	286
3. " " " " " "	485	562
4. " " " " " "	1905	1071
5. " " " " " "	325	550
6. " " " " " "	1001	667
7. " " " " " "	874	1016
8. " " " " " "	893	470
9. " " " " " "	364	667
10. " " " " " "	602	564
11. " " " " " "	725	1017
12. " " " " " "	1493	1190
13. " " " " " "	344	387
14. " " " " " "	962	810
15. " " " " " "	851	884
16. " " " " " "	1056	1084
17. " " " " " "	1483	1161
Gesamt	13926	12605

Das Resultat des 8. Distrikts steht noch aus.

Teltow-Beeslow:

Reuditz	für die Bedingungen	2831	gegen 2270
Charlottenburg	" " " "	874	731
Schöneberg-Friedenau	" " " "	792	857
Steglitz	" " " "	157	288
Gesamt		4654	4146

Das sind die Hauptorte des Wahlkreises, die Kleineren stehen noch aus. Man darf annehmen, daß sich im Kreise Teltow-Beeslow eine Mehrheit gegen die Bedingungen ergeben wird.

Aus Niederbarnim liegen bisher nur vereinzelte Teilergebnisse vor, die noch keinen annähernd sicheren Schluß gestatten. In Spandau hat sich eine Mehrheit gegen die Bedingungen ergeben.

Urabstimmung in Bremen.

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung der U. V.) Die gestrige Urabstimmung in Bremen ergab 2904 Stimmen gegen die Mostauer Bedingungen und 485 für die Bedingungen. Von den Parteitagskandidaten der Ablehner sind 5 gewählt. Die Befürworter der Bedingungen erhalten keinen Delegierten.

Neue Verhandlungen über die Adriafrage.

Die Bewegung der Landarbeiter.

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung der U. V.) Der Lokalanzeiger berichtet aus Lugano unterm 3. Oktober: Wie der serbische Gesandte in Rom, Antoniewitsch, der römischen Epoca erklärte, hat der serbische Ministerrat beschlossen, die Verhandlungen mit Italien betreffs der Adria-Fragen wieder aufzunehmen. Sie werden wahrscheinlich in Venedig geführt werden und in wenigen Tagen beginnen.

In der Provinz Padua ist der allgemeine Agrarstreik ausgebrochen. In der Provinz Trapani haben die Landarbeiter laut dem Avanti sämtliche Grundbesitze über 2000

Hektar besetzt. In der Provinz Grosseto wurde wegen Föhlung eines Arbeiter der Generalkonferenz erklärt, dem sich auch das Wahpersonal angeschlossen hat. Die Jüge Rom—Genova müssen über Florenz verkehren. Die Direktion der Automobilfabrik Fiat in Turin, Aktienkapital 200 Millionen Lire, die über 20 000 Arbeiter beschäftigt, verhandelt mit ihren Arbeitern wegen Uebergangs ihrer Unternehmungen an eine Arbeitergenossenschaft, weil der Generaldirektor Agnelli erklärte, ein Weiterbestehen nach kapitalistischen Grundätzen unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Italien sei unmöglich. Der Nationale Verband der Metallarbeiter verhandelt laut dem Corriere de la Sera zum gleichen Zweck mit mehreren andern bedeutenden Unternehmungen.

Der Schluß der Brüsseler Finanzkonferenz.

Berlin, 4. Oktober. (Eig. Drahtmeldung der U. V.) Der Berichterstatter des Berliner Lokalanzeigers meldet aus Brüssel am 3. Oktober: Der letzte Tag der Finanz-Konferenz war beherzigt von den Vorschlägen, die Ter Meulen zur Bildung einer Kreditorganisation machte, und den sehr warmen Worten, die der französische Delegierte Monol für die Arbeit und den Erfolg der Konferenz sand. Sie scheinen nach Bestätigungen, die ich heute von großen französischen Seiten bekam, die Ansicht maßgebender französischer Industrieller und Bankkreise wiederzugeben. Wir sind viellecht in der Krise des Ministerrats und des Fiebers könnte herabgehen", sagte man mir an gutunterrichteter französischer Stelle. Wie weit sich solche Entwicklung auch in der Pariser Politik bemerkbar machen wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen sehr abzuwarten. Man scheint vor allem auf französischer Seite den Eindruck zu haben, daß der Stenogramm in Deutschland letztes Jahr sei als in Frankreich, ein Eindruck, der durch die offene Zusammenstellung der betreffenden Ämter beseitigt werden könnte.

Der deutsche Botschafter beim französischen Ministerpräsidenten.

Ueber einen Besuch des deutschen Botschafters Mayer bei dem französischen Ministerpräsidenten berichtet die Agence Havas: Paris, 3. Oktober. Der deutsche Botschafter Mayer hatte gestern dem Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern Vaugues seinen ersten offiziellen Besuch abgelegt. Mayer verboterte zu wiederholten Malen mit aller Entschiedenheit, Deutschland sei gewillt, den Friedensvertrag in seinem vollen Umfang bis an die Grenze des Möglichen zu erfüllen. Vaugues erwiderte dem Botschafter, wenn Frankreich den guten Willen Deutschlands bei der Ausführung des Friedensvertrages erkennen könnte, so würde die Regierung der Republik gewillt sein, um die Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Verpflichtungen zu erleichtern, und um die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß unter solchen Umständen die Wiederaufnahme und die Entwicklung der Handelsbeziehungen, die durchaus in der Absicht der französischen Regierung liegen zum gegenseitigen Vorteil der beiden Länder sehr erleichtert würden. Der deutsche Gesandte erklärte, daß die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland insbesondere der deutschen Regierung erwünscht wären. Die Unterhaltung, die von beiden Seiten durchaus offen und aufrichtig geführt wurde, gestattet ein günstiges Urteil über den Charakter weiterer Besprechungen.

Erneute Vertagung des englischen Bergarbeiterstreiks?

London, 2. Oktober. Nach einer Zeitungsmeldung haben die Grubenbesitzer den Bergarbeitern eine Lohnverhöhung um einen Schilling pro Tag vorgeschlagen, wenn die jährliche Produktion 240 Millionen Tonnen beträgt.

Rotterdam, 3. Oktober. Wie der Nieuwe Rotterdamse Courant meldet, wird die zweite Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern über die Frage, ob der Vorschlag der Bergwerksbesitzer angenommen werden soll oder nicht, am 11. und 12. Oktober stattfinden. Die englischen Wähler sind der Ansicht, daß die Gefahr für einen Streik vorüber ist. (?)

London, 3. Oktober. Die Versammlung der Bergleute von Südwales beschloß gestern nach einer sehr bewegten Diskussion die Vertagung des Streiks.

London, 2. Oktober. 1500 Bergarbeiter von Livonppia (?) (Grasschaft Glamorgan) haben die Arbeit niedergelegt, um gegen die schleppenden Londoner Verhandlungen zu protestieren.

Das Agrarprogramm der Rechtssozialisten.

Von Karl Marchionni.

Die Agrarkommission der Rechtssozialisten hat „Sozialdemokratische Richtlinien der Agrarpolitik“ fertiggestellt, die dem Parteitag in Kassel vorgelegt werden sollen. Wie der Vorwärts (Nummer 460 vom 16. September 1920) mitteilt, ist das Programm „nach vielen, auf Jahre hinausgehenden Beratungen“ zustande gekommen. Obwohl also eine recht gründliche Arbeit vorliegt, hat die Agrarkommission in derselben Nummer des Vorwärts um — Nachsicht, da die Meinungen in der SPD so stark auseinandergehen, daß nur durch gegenseitige Zugeständnisse ein Aktionsprogramm der Partei ermöglicht werden könnte.

Es ist richtig, daß die Meinungen in der SPD über die Agrarfragen sehr geteilt sind. Die einen sagen, jetzt könne nicht sozialisiert werden; die anderen wollen sozialisieren. Ueber das Wie gehen die Ansichten auseinander. Eine Richtung will die Großbetriebe vom Staat bewirtschaften lassen; eine andere will die Betriebe nationalisieren und dann verpachten. Andere wieder erstreben eine Arbeitsgemeinschaft von Besitzern und Arbeitern, Dorfaktiengesellschaften. Die einen wollen den Großbetrieb erhalten und ihn technisch ausbauen; andere wieder (und das ist jetzt die maßgebendste Richtung!) sind für die Aufteilung der Großbetriebe und für die Schaffung von Kleinbetrieben, also für die sogenannte innere Kolonisation. Diese Gruppe war vor dem Kriege nicht groß. Im Kriege hat sie sich durchgesetzt. Es wurde so vieles über Bord geworfen, warum sollte man da nicht auch die alten Grundstücke auf dem Gebiete der Agrarfrage verlassen und sein Heil in der Vermehrung des bäuerlichen Privateigentums suchen. Sozialismus ist das freilich nicht, aber was tut! Man hofft in rückständigen Arbeiter- und Kleinbauernkreisen Stimmen zu gewinnen, und dann paßt diese Politik auch ganz zu dem kleinbürgerlichen Geist, der die SPD seit dem Kriege beherrscht.

Das Agrarprogramm hat mit Sozialismus so gut wie nichts zu tun. Es ist kleinbäuerlichen Charakters und sucht allen Richtungen entgegenzukommen. Es ist Kompromißsüchzigkeit überster Sorte. Schließlich kann ja auch von dieser Partei nichts Gutes mehr kommen. Vom Klassenkampf ist sie abgewichen. Der Arbeitsgemeinschaftsgeist ist maßgebend. Der Kapitalismus soll wieder hoch gebracht werden, damit die Gesellschaft in dem Stadium, in dem er blüht und gedeiht, allmählich zum Sozialismus gelangt. Das ist zwar eine Utopie und widerspricht allen sozialistischen Grundätzen, aber gerade deshalb hängt die SPD an ihr. Sie will nicht für den Sozialismus kämpfen. Nur nichts riskieren, nur nichts aufs Spiel setzen. Es soll alles im alten Trott weitergehen. Dabei übersteht man, daß wir in einem revolutionären Zeitalter, in der Periode des Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaftsweise leben, wo rasches und energisches Handeln des sozialistischen Proletariats unbedingt notwendig ist.

Das ist auch von der Agrarkommission der SPD völlig übersehen worden. Vor der Sozialisierung macht sie lediglich eine höfliche Verbeugung; sonst hat sie nichts für sie übrig. So heißt es im ersten Punkt: „Die zur Gemeinwirtschaft reifen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind zu sozialisieren.“ Es gibt bürgerliche Stimmen, die sich — besonders kurz vor Wahlen — auch zu einer derartigen Auslassung bequemen. Gewiß, die „reifen“ Betriebe können „sozialisiert“ werden; es gibt aber nach Ansicht bürgerlich-kapitalistischer Kreise keine „reifen“ Betriebe. Möglich, daß die Agrarkommission der SPD anderer Ansicht ist. Sie hütet sich aber, darüber eine Andeutung zu machen. Was sozialisiert werden soll, sagt sie nicht. In unserer Partei ist man darüber einig,